



offener Brief
an das
Bundespräsidialamt
Bundespräsident
Christian Wulff
Spreeweg 1
10557 Berlin

17. Dezember 2010

Gesetz / Strafrecht gegen Mobbing

**„In unserem Gemeinwesen gilt die Stärke des Rechts
und nicht das Recht des Stärkeren.“**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

bei offiziellen Anlässen wird sie immer wieder gepriesen: die Stärke des Rechts.

„In Deutschland gilt die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren.“ Oh, wie wundervoll das klingt. Wenn es doch mal wirklich so wäre. Täglich erleben Menschen in Deutschland das Gegenteil. Tausendfach. Überall.

Mobbing-Opfer, die hilflos wiederkehrender Schikane und Demütigung ausgesetzt sind und dabei ständig und immer wieder das Recht des Stärkeren erdulden. „Die Stärke des Rechts“: in den Ohren eines Mobbing-Opfers klingt diese Aussage wie blanker Hohn.

Ebenso verhält es sich mit unserem ersten Verfassungs-Grundsatz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Mobbing basiert auf der Entwürdigung des Opfers – auf menschenverachtendem Miteinander – und die derzeitige Rechtslage lässt eine wirksame Gegenwehr nicht zu. Im Gegenteil: der Täter ist besser geschützt als das Opfer.

Auch Rechte wie das auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie auf freie Meinungsäußerung sind bei Mobbing in der Regel nicht gegeben. Wem nützt eine Verfassung voller Menschenrechte, wenn diesen ständig zuwidergehandelt wird, ohne jede Konsequenz für die Täter?

Mobbing ist inzwischen in allen Bereichen gesellschaftlichen Miteinanders zum Volkssport geworden und nimmt an Brutalität stetig zu. Dabei sind Begriffe wie ‚Ethik‘, ‚Moral‘, ‚Anstand‘ längst zu Fremdworten mutiert. Die Beweggründe der Täter sind erbärmlich, die Methoden böse, gewissenlos und ekelhaft. Der Schutz der Opfer dagegen ist vergleichsweise lächerlich, geradezu niedlich.

Seit vielen Jahren diskutiert man in Deutschland über die Notwendigkeit eines wirksamen Gesetzes gegen Mobbing. Vergeblich. Die zuständigen Stellen flüchten sich in Phrasen und Floskeln. Nette Worte sollen über die weit reichende Wehrlosigkeit der Opfer hinweg täuschen.

Deutschland entfernt sich täglich weiter von dem, was man unter einem Rechtsstaat versteht. Der derzeitige Zustand ist unverantwortlich. Wiederholt wurde die Forderung eines wirksamen Anti-Mobbing-Gesetzes an das Bundesministerium der Justiz gerichtet. In offenen Briefen habe auch ich am 16. September und 1. Dezember dieses Jahres diese Forderung formuliert und bitte Sie hierdurch eindringlich:

Bitte tragen auch Sie Kraft Ihres Amtes Sorge dafür, dass diesem offenbar unbequemen Thema das notwendige Gehör verschafft wird und dieser perfiden Form von Gewalt endlich wirksam begegnet werden kann – damit sie greift in Deutschland: die Stärke des Rechts.

Meine weiteren Ausführungen sowie die bisherige offene Korrespondenz finden Sie auf meinen Webseiten. Ihr Interesse an diesem wichtigen Thema setze ich als gegeben voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Ilia Faye in black ink.